



Positionspapier

Entwurf von Maria Demmel, Dr. Matthias Thumfart und Dr. Frank Orthey

Stand: 27.05.2017

Themenfelder

1. Arbeit und Ausbildung
2. Wohnen
3. Integration

Vorbemerkungen

Aus Sicht des Helferkreises sind die NeubürgerInnen Bereicherungen für das lokale Zusammenleben. Zudem stellen sie wichtige Potenziale für die Weiterentwicklung des gemeinsamen Lebens und Arbeitens in den Ortschaften und in der Region dar. Damit sich diese als zusätzliche und neue Ressourcen produktiv entfalten können, braucht es mittelfristig besondere Anstrengungen und Aktivitäten. Anderenfalls sehen wir eine weitere Polarisierung und Vereinfachung von Meinungen und Aktivitäten bezogen sowohl auf die Neubewohner als auch auf die politischen Verantwortungsträger. Unseren Beitrag als Helferkreis sehen wir darin, Möglichkeiten gelingender Integration zu fördern und dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern. Dazu soll dieses Papier Anregungen bieten und Grundlagen für Diskussion und Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes für die Bewohner am Kranzer bieten.

1. Arbeit und Ausbildung

Die Rahmenbedingungen, um anerkannte Asylbewerber und arbeitswillige Bewohner, deren Antragsverfahren läuft, in Arbeit zu bringen, werden von vielen HelferInnen als hindernd erlebt. Das erleben zum Teil auch die Bewohner so, was sich verständlicherweise zum Teil nicht förderlich auf ihre Arbeitsbereitschaft auswirkt.

Wir schlagen dazu vor:

- Entwicklung eines Vor-Ort-Konzeptes für Arbeit und Ausbildung mit den ortsansässigen Betrieben, Organisationen und Unternehmen
- Breit angelegte und einfache Information von Betrieben, Organisationen und Unternehmen über die Beschäftigungsmöglichkeiten von anerkannten Asylbewerbern und abgelehnten mit geringer Bleibeperspektive (Übersichtsflyer und mehrere kleine Informationsveranstaltungen vor Ort, dann persönliche Information).
- Förderung von Betrieben, Organisationen und Unternehmen, die spezielle ReiSaGrei-Integrationsarbeitsplätze anbieten (z.B. durch zusätzliche Sprachförderung und spezielle maßgeschneiderte Kompetenzentwicklungsnachhilfen, z.B. Rechnen, Mathematik).
- Patenschaften der HelferInnen für Betriebe, Organisationen und Unternehmen, die Asylbewerber beschäftigen.

2. Wohnen

Das Thema Wohnen ist neben Arbeit und Ausbildung zentral für gelingende Integration. Grundsätzlich gilt es hier, mit viel Fingerspitzengefühl Modelle zu entwickeln, die sowohl Überforderungen der ortsansässigen Bevölkerung wie auch alle Formen von „Ghettoisierungen“ der Neubürger wirkungsvoll verhindern. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung als dass die Nutzungsdauer der Unterkunft am Kranzer begrenzt ist.

Wir regen dazu folgendes an:

- Entwicklung eines sozialen Wohnbaukonzeptes für die drei beteiligten Gemeinden (auch unter Berücksichtigung überregionaler Konzepten).
- Nutzung von Gewerbegebieten für neue Wohnbebauungen.
- Einfache Genehmigung und finanzielle Förderung von zu entwickelnden Modellen gemeinsamen Wohnens, z.B. durch bauliche Verdichtung auf bestehenden Bauflächen durch Errichtung von kleinen Wohnhäusern/Angliederung von Wohnmodulen bis max. 100 qm.
- Förderungen für privaten Wohnungsbau bis max. vier Einheiten mit einer Nutzungsbindung für z.B. 15 Jahre.

3. Integration

Die Unterkunft am Kranzer bietet mit der Unterbringung in Mobilheimen angemessene Lebensbedingungen. Die Unterkunft hat aber einen Standortnachteil. Sie liegt fernab der Ortschaften und ist an diese schlecht angebunden und nur über die Bundesstraße erreichbar. Darunter leidet die Integration der Neubürger in das dörfliche Leben spürbar. In den Ortschaften werden die Bewohner kaum sichtbar, was sich hinderlich auf die Bewusstseinsentwicklung der ortsansässigen Bevölkerung auswirkt.

Wir schlagen vor:

- Ausloben von attraktiven Anerkennungen für erfolgreiche Integrationsaktivitäten, verliehen vor Ort durch eine unabhängige Jury von ortsansässigen Bewohnern und Neubürgern.
- Einrichtung eines „Tag des Vereins“ (z.B. Samstag). An diesem Tag stellt sich jeweils ein Verein vor und realisiert jeweils eine kleine gemeinsame Aktivität mit den AsylbewerberInnen.
- Förderung von zielgruppenspezifischen Angeboten und Projekte vor Ort, z.B. für Frauen und Kinder (Klettern usw.). Bezogen auf die Zielgruppe der Frauen sehen wir angesichts der völlig unterschiedlichen Rollenmodelle zum Teil erheblichen Handlungsbedarf.
- Förderung von Projekten, die die mitgebrachten kulturellen Besonderheiten auch der hiesigen Bevölkerung zugänglich machen (z.B. mit Essen, Musik, Tanz bei dörflichen Veranstaltungen).
- Förderung von Selbstorganisation und Selbstverwaltung in der Unterkunft mit Übertragung von gezielten Verantwortungen.
- Sicherstellen der Präsenz von politischen VerantwortungsträgerInnen und MultiplikatorInnen bei gemeinsamen Veranstaltungen.

Diese Ansatzpunkte sollen nach der Diskussion bei den Veranstaltungen mit PolitikerInnen und MultiplikatorInnen in drei Arbeitskreisen konzeptionell weiterentwickelt und „bei laufendem Betrieb“ baldmöglichst umgesetzt werden. Dazu werden Teilprojekte definiert und von Verantwortlichen direkt umgesetzt (idealerweise ein Helfer/Hauptamtliche gemeinsam mit einem neuen Bürger).

Dieses Positionspapier unterstützt die Anliegen der „Tutzinger Resolution“ und soll die Umsetzung vor Ort fördern.